

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister  
Pütsch,  
sehr geehrte Herren Bürgermeister  
Pfirrmann und Knoth,  
werte Stadtratskolleginnen und -  
kollegen,  
verehrte Gäste und anwesende  
Presse,

2019 wurde der neue Gemeinderat  
gewählt und steht mit dem  
vorliegenden Haushalt vor einer  
Mammutaufgabe für die Zukunft, da  
sich die Zeit der  
Gewerbesteuerereinnahmen über allen  
Prognosen geändert hat.

Die Pflichtaufgaben, die wir als  
Kommune zu schultern haben, werden  
nicht kleiner und die Ziele, die wir uns  
für Rastatt in den letzten Jahren

gesteckt haben, stehen schon in Planung und Umsetzung.

Seit vielen Jahren mahnen wir für Rastatt an, für einkommensstärkere Bevölkerung attraktiver zu werden, um unseren Einzelhandel und die Gastronomie zu stützen und um Kaufkraft nach Rastatt zu bringen und zu binden. Mit allen Nebeneffekten, die eine belebte Innenstadt hat. Sicherheit, Sauberkeit, Tourismus, Erlebnischarakter – einfach ein Wohlfühlen und gutes Leben für unsere Bürgerinnen und Bürger in unserem schönen Rastatt mit seinem barocken und reichen historischen Erbe.

Es ist seit vielen Jahren unser Bemühen, dass der Einkommensteueranteil steigt, der in der Relation zu den

Nachbargemeinden gerade für uns als Kreishauptstadt viel zu gering ist.

Nicht vergessen dürfen wir auch das Ziel, unsere Abhängigkeit von im Prinzip einem Gewerbesteuerzahler in Rastatt zumindest abzufedern, indem wir als attraktiver Wirtschaftsstandort – auch im Besonderen in Bezug auf Innovation und Gründer die die Technologieregion Karlsruhe auszeichnen – in die Region strahlen.

Zur Erreichung dieser Ziele sind wir in den letzten Jahren einen richtigen und konsequenten Weg gegangen. Die Einwohnerzahl hat die 50.000 überschritten, weiterer Zuzug wird prognostiziert, Betriebe haben sich angesiedelt, Neubauprojekte sind angestoßen und in Umsetzung und zunehmend haben Investoren Rastatt entdeckt.

Wir müssen unsere Projekte wie den Bau der Hans-Thoma-Schule, den Neubau der Technischen Betriebe, unsere Dorfentwicklungskonzepte, den Abbau des Sanierungsrückstaus mit Konsequenz weiter durchziehen. Dafür haben wir Rücklagen und die entsprechenden Haushaltsansätze. Allerdings müssen wir peinlich darauf achten, dass die Kosten nicht aus dem Ruder laufen – aber das muss auch in Zeiten, in denen Gewerbesteuerereinnahmen üppiger zur Verfügung stehen, immer unser Ziel sein.

An den falschen Stellen zu kürzen, wäre ein fatales Signal für potentielle Neubürger oder Investoren, Rastatt wieder als attraktiven Standort, der wir wahrlich sind, aus dem Fokus zu nehmen.

Keiner freut sich, wenn im vorliegenden Haushalt nach den üppigen Jahren eine Kreditaufnahme vorgesehen ist.

Der vorliegende Haushalt und die Prognosen mahnen zur Sparsamkeit. Sparsamkeit und Wettbewerbsfähigkeit dürfen nicht im Widerspruch zur Standortsicherung Rastatts stehen. Wir müssen unseren Standort weiter stärken. Mit dem bedauerlichen Aufschub der Pläne zur Werkerweiterung Mercedes haben wir gesehen, dass wir uns insgesamt besser und breiter aufstellen müssen.

Wo die Gelder nicht mehr sprudeln, sind Ideen, Visionen und Innovationen umso mehr gefragt. Da ist insbesondere unsere Wirtschaftsförderung mit ihrem neuen Leiter gefordert.

Um Henry Ford zu zitieren:

Wenn ich die Menschen gefragt hätte, was sie wollen, hätten sie gesagt schnellere Pferde.

Schnellere Pferde sind nicht die neuen Lösungen, die wir für Rastatt brauchen.

Mit der Bewerbung um die Landesgartenschau können wir Visionen entwickeln. Damit wird sich unsere Stadt noch weiter positiv verändern. In Bezug auf Quartierskonzepte und Wohnraum, stadtklimatische Verbesserungen, Klimaschutz, Verbesserungen und Entlastungen im öffentlichen Nahverkehr inklusive Radverkehr, Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

All diese Aufgaben dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.

Diese Punkte – insbesondere das Megathema Mobilität, das durch den Mobilitätspakt weitere Priorität bekommt - stehen auch an, wenn wir keinen Zuschlag zur Landesgartenschau erhalten sollten. In dem Fall müssten wir ohne Zuschüsse und Subventionen – zumindest nicht in dem angestrebten Maß – auskommen und auf jeden Fall Abstriche machen.

Wenn für die Umsetzung der Einzelprojekte in Zukunft auch Kreditmittel eingesetzt werden müssten, ist das als Investition in die Zukunft zu sehen, die über Einkommensteueranteile, lebendiges Leben, Umsatz unserer Gewerbetreibenden und auf breiter gestellte Gewerbesteuerereinnahmen zurückkommen muss.

Für diese Vision werden wir in Zukunft insbesondere in Hinsicht auf die Entwicklung von Merzau oder unseren Industriebranchen Geld in die Hand nehmen müssen, das wieder zu uns zurückfließen sollte. Fakt ist, dass uns für eine weitere Entwicklung Flächen fehlen, wenn wir nicht Merzeau oder die Branchen entwickeln können. Das müssen wir oben auf der Agenda ansiedeln.

Unsere Vereine, das Ehrenamt, generationenübergreifende Projekte und die Seniorenarbeit dürfen in Zukunft nicht unter der Haushaltslage leiden. Wir müssen Modelle erarbeiten, um mehr Menschen für das Ehrenamt zu begeistern. Beispielhaft möchte ich unsere Feuerwehr nennen, die wir als CDU-Fraktion nicht nur gerne personell unterstützen, sondern auch die



Dringlichkeit der zeitgemäßen und angemessenen Unterbringung durch Neubau und Sanierung von Gebäuden sehen. Daher freuen wir uns, dass der Neubau am Standort in Plittersdorf vom Gemeinderat entschieden wurde.

Wir brauchen enorme Mittel für unsere Pflichtaufgaben. Aber diese Pflicht ist für uns in Rastatt seit vielen Jahren auch innere Verpflichtung.

Kindergärten, Schulen, Jugend- und Sozialarbeit. Da ist Rastatt vorbildlich aufgestellt. Gerade in Zeiten, in denen die Gelder knapper werden, muss man sich dazu bekennen, dass Investition in unsere Kinder Investition in die Zukunft ist. Dies gilt sowohl für die nachwachsende Generation, den gesellschaftlichen Zusammenhalt, den zukünftigen Arbeitsmarkt, das Handwerk und die Industrie. Und ist

somit eine Wohlstandssicherung für uns alle.

Große Kraft wird uns auch weiterhin das Thema Integration kosten. Fast die Hälfte der Rastatter Einwohner hat einen Migrationshintergrund. Wir müssen unvermindert daran arbeiten, dass Integration keine Einbahnstraße ist, der Integrationswille beidseitig ist und es zu keiner Spaltung der Gesellschaft, sondern zum Zusammenwachsen und gegenseitiger Bereicherung führt.

Allerdings müssen wir als Kommune einfordern, dass uns nicht immer mehr neue Aufgaben aufgebürdet werden. Neue Aufgaben lösen Mehrausgaben aus. Deren Finanzierung darf nicht bei den Kommunen hängen bleiben, sondern muss einem klaren Finanzierungsschlüssel folgen, der die

Finanzierung auf eine breitere Basis stellt. Das gilt im Übrigen auch für bereits bestehende kommunale Pflichtaufgaben.

Bei allen Projekten, die wir angestoßen haben und auch umsetzen wollen, gibt es allerdings auch unser Großprojekt Kombibad, über dessen Dimension und Ausstattung wir diskutieren müssen.

Wir als CDU-Fraktion haben am Anfang der Diskussion die Prämisse herausgegeben, dass der steuerliche Querverbund nicht überschritten werden darf. Dieser Prämisse mussten wir selbst „untreu“ werden, da es abzusehen war, dass eine Summe von ca. 25 Mio Euro leider nicht haltbar ist. Wir waren in der Diskussion, die immer weiter Wünsche und Anforderungen an Ausstattung und Wasserflächen in die

Planung gebracht hat, zurückhaltend und restriktiv. Unsere Haltung hat sich bei den kürzlich vorgelegten Zahlen bestätigt. Wir stehen zur Entscheidung Kombibad – aber vor allem sind wir angetreten, ein Bad zu bauen, das bei den Betriebskosten Synergieeffekte nutzt und somit Kosten spart, die bei zwei Standorten ausufern würden. Aus diesem Grund stehen wir zu einer Deckelung, die genau diesen Effekt zur Folge hat. Wir werden Kürzungen an Ausstattung und Fläche mittragen, die uns an Baukosten (im Raum stehen maximal 40 Mio Euro) bringt, die uns für die Zukunft Einsparungen bringen und nicht noch höhere Kosten verursachen. Welche Kürzungen an Ausstattung und Fläche das sein werden, werden wir in der Fraktion diskutieren, wenn diese Frage im Technischen Ausschuss und in der

Folge im Gemeinderat auf der Tagesordnung stehen wird.

Der Haushalt weist Einnahmen und Ausgaben auf. Unsere Gewerbesteuerereinnahmen, Einkommensteueranteile können wir über eine positive Entwicklung von Rastatt mitsteuern. Zwar langsam, aber unser Dampfer hat Fahrt aufgenommen. Das dürfen wir auch bei den Aussichten, die wir im mittelfristigen Haushalt sehen, nicht vergessen oder kleinreden.

Ansonsten müssen wir an vielen Stellschrauben drehen. Auch an den kleinen, denn auch Kleinvieh macht Mist. Daher haben wir als CDU-Fraktion den Vergleich aller Gebührensätze mit dem Umland eingefordert, um diese eventuell aktualisieren zu können.

Eine klare Absage erteilen wir der von der Verwaltung in die Diskussion gebrachte Erhöhung der Gewerbesteuer. Das ist ein verführerischer Posten, der auf einen Schlag eine größere Summe bringt und bei dem nicht mit Widerstand aus der Bevölkerung zu rechnen ist. Aber das falsche Signal an unsere Gewerbetreibenden. Wir können für die Zukunft nichts ausschließen, aber zum jetzigen Haushalt ist diese Erhöhung mit uns als CDU-Fraktion nicht umzusetzen.

Neben den Einnahmen haben wir die Ausgaben. Zum einen die projektbezogenen Ausgaben, die wir in Zukunft im Einzelfall bei anstehenden Projekten überprüfen, korrigieren oder schieben müssen.

Aber diese projektbezogenen Ausgaben sind meist Einmalzahlungen, die im Zweifel und Idealfall für die Zukunft sogar Unterhaltskosten senken können.

Für die Zukunft müssen wir bei neuen Projekten – insbesondere Projekten wie eine Großsporthalle – auf Sicht fahren und bei allem Verständnis für die Bedürfnisse unserer Vereine die kommende Entwicklung der Gewerbesteuerentwicklung abwarten.

Der größte Kostenblock im Haushalt sind die Personalkosten. Diese Kosten sind nicht nur wiederkehrend, sondern vor allem auch aufgrund von Tarifsteigerungen permanent steigend.

Rastatt braucht für seine Zukunftsaufgaben eine moderne, zukunftsorientierte und effektive Verwaltung. Und wir als CDU-Fraktion

danken ausdrücklich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement. Aber seit Jahren werden für jeden Haushalt erhebliche Stellenmehrungen angemeldet. Wir möchten diese Stellen per se nicht anzweifeln, aber wir sehen es als unsere Pflicht als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte an, gerade auf den größten, sich ständig erhöhenden Kostenblock ein besonderes Auge zu legen.

Bereits in der Vergangenheit haben wir als CDU-Fraktion bei Haushaltsberatungen ein Organisationsgutachten gefordert. Wir haben uns damals mit der GPA zufriedengegeben. Aber die aktuelle Entwicklung hat uns veranlasst, einen Antrag zu stellen, dass die Verwaltung bis spätestens zur Sommerpause



mindestens drei nichtkommunale Anbieter zur Erstellung eines Organisationsgutachtens vorstellen muss. Im Übrigen war ein Organisationsgutachten in der letzten Gemeinderatssitzung bei Punkt Digitalisierung selbst Teil der Verwaltungsvorlage.

Auch die räumliche Entwicklung der Verwaltung und die Aufteilung auch noch auf das neue erworbene Postgebäude braucht Effizienz in Arbeitsabläufen.

Die CDU-Fraktion möchte klarstellen, dass es uns bewusst ist, eine Verwaltung nicht mit „normalen“ Marktmaßstäben messen zu dürfen, kein Unternehmen auf dem freien Markt hat solche Pflichtaufgaben wie eine Kommune oder würde sie sich freiwillig aufbürden. Aber beim größten

Kostenblock wird ein Blick von außen auf Abläufe und Effizienz sicherlich in vielerlei Hinsicht nur guttun und Potential erschließen.

Der vorliegende Haushalt hat viele Herausforderungen, die aber Chancen für Rastatt sind.

Ein letztes Mal möchte ich Henry Ford bemühen: Es gibt nichts, was mit einer Chance vergleichbar wäre.

Die CDU-Fraktion genehmigt den vorliegenden Haushalt mit all den Chancen, die er für Rastatt beinhaltet.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Brigitta Lenhard für die CDU-Fraktion  
(es gilt das gesprochene Wort)